

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rössischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Bergütigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

### Eine Lohnvereinbarung für das bayerische Sägewerke.

Abermals hat unser Verband, allen Widerwärtigkeiten und Schwierigkeiten trotzend, für einen zahlreiche Arbeiter umfassenden Beruf eine Regelung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchgeführt, die einen nicht zu unterschätzenden Erfolg für die beteiligten Kollegen bedeutet. Nach Ostpreußen, Rheinland und dem für den Arbeitgeber-Schutzverband gültigen Abkommen nun auch ein solches für das bedeutungsvolle bayerische Sägewerke. Das wird nicht nur unseren Kollegen, sondern auch allen Fernstehenden ein beweiskräftiges Beispiel sein für die Art und Entschiedenheit, mit welcher der Deutsche Holzarbeiter-Verband auch während der Kriegszeit seine Aufgaben zu erfüllen und zu einem erfolgreichen Ende zu führen imstande ist.

Als im Herbst vorigen Jahres im Anschluß an die vor dem Reichsamt des Inneren getroffenen Vereinbarungen über Teuerungszulagen für die deutschen Holzarbeiter auch in mehreren Sägewerken Bayerns die Kollegen die gleichen Zulagen mit Hilfe unseres Verbandes für sich in Anspruch nahmen, tauchte bei den Verbandsvertretern sofort der Gedanke auf, für die Sägewerksarbeiter in allen Orten solche Zulagen in Verbindung mit der Festlegung von Mindestlöhnen anzustreben. Eine zwar nicht ganz leichte Aufgabe, aber was sollte uns wohl von ihrer Durchführung abschrecken können, wenn die Organisation sich stark genug fühlt, sie in Angriff zu nehmen und zu lösen.

Notwendig genug war es sicher und ebenso auch an der Zeit, daß endlich einmal die Löhne der Sägerkollegen eine Ordnung und Besserung erfahren, diese so überaus traurigen, miserablen Löhne. Wurden doch noch in Hunderten von Orten und Betrieben Tausende von Kollegen und Kolleginnen mit Löhnen von kaum dreißig und einigen Pfennigen für die Stunde abgesperrt. Die zur Führung der späteren Verhandlungen notwendige Feststellung der zu Anfang des Jahres 1917 bestehenden Löhne förderte ein ganz unglaubliches Resultat zutage. Da waren nicht wenige der besten und tüchtigsten Arbeitskräfte, deren Lohn auf 28, 30, 33 oder einigen Pfennigen mehr stand, wobei noch häufig die Bemerkung hinzugefügt war: „In diesem Lohn ist eine Teuerungszulage von 5, 8 oder 10 Pfg. für die Stunde enthalten.“ Bei solchen Löhnen mußte das „Durchhalten“ unserer Sägerkollegen seine großen Schwierigkeiten haben, noch dazu, wenn man bedenkt, welche schwere Arbeit diesen Leuten zugemutet wird. Kein Wunder, daß die Unzufriedenheit immer größer wurde und von unserem Verband Abhilfe dieser elenden Verhältnisse verlangt wurde.

Unsere Vertreter setzten sich mit dem bayerischen Kriegsministerium in Verbindung, in dessen Auftrag und Vertretung alsdann das Kriegsamt in München die erforderlichen Verhandlungen mit den Unternehmern einleitete. Daß es nicht so einfach und leicht war, die Unternehmer der Sägeindustrie zur Gewährung etwas höherer Löhne sowie zur Anerkennung der von uns geforderten Mindestlöhne zu bewegen, mag allein aus dem Umstand entnommen werden, daß nicht weniger als fünf solcher Verhandlungen (am 17. und 27. Februar, 26. März, 2. und 10. April) nötig waren, um zu dem gewünschten Resultat zu kommen, ganz abgesehen von den vielen persönlichen Besprechungen und Konferenzen, die sich dabei notwendig machten.

Am 25. März hat sodann auf Einladung unseres Vorstandes eine Konferenz unserer Sägerkollegen aus den größeren Zahlstellen in München stattgefunden, welche ihre Stellung zu der Sache bekundete und für die zu führenden weiteren Verhandlungen unsere Vertretung bestimmte. Es haben an derselben außer den Verbandsvertretern eine Anzahl Kollegen aus den beteiligten Betrieben teilgenommen.

Das Resultat der ernsthaften und mit Nachdruck geführten Bemühungen unserer Kollegen sind die nachfolgenden Vereinbarungen für die bayerische Sägewerksindustrie.

Es werden folgende Mindestlöhne festgelegt:

	In Lohnklasse				
	I	II	III	IV	V
a) für Gatterfäger, Bauholzfäller, Säger und Spaltfäger	75	70	65	60	55
b) für alle übrigen Säger und Maschinenarbeiter	70	65	60	55	50
c) für Hilfsarbeiter im Werk und auf dem Platz	65	60	55	50	45
d) für Arbeiterinnen über 18 Jahre	50	45	40	35	30
e) für Arbeiter von 16 bis 18 J.	45	40	35	30	25
f) für Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren	40	35	30	25	20

Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren sowie für invalide Arbeiter unterliegt die Lohnfestlegung der freien Vereinbarung.

Vorstehende Löhne haben für alle Arbeiter und Arbeiterinnen Geltung, gleichgültig, ob sie in Lohn oder Stufen

beschäftigt sind, soweit nicht schon höhere Löhne gezahlt werden. Bei Maschinenarbeitern gilt die Voraussetzung, daß sie ihre Maschine sachgemäß bedienen können. Wenn die Maschinen während der Arbeitspausen in Betrieb sind, muß den sie bedienenden Arbeitern diese Zeit bezahlt werden.

Der Stundenverdienst muß einschließlich der Teuerungszulagen und aller sonstigen Bezüge die in vorstehender Lohnstafel angegebene Höhe erreichen.

Die Lohnhöhungen sind vom 1. April 1917 an nachzuzahlen.

Zwecks Regelung der Arbeitszeit wird am 18. September 1917 eine weitere Verhandlung stattfinden, und soll diese Regelung dann im Sinne der schon besprochenen Vorschläge erfolgen, wonach die Arbeitszeit beträgt in Klasse I 56, Klasse II 57, Klasse III 58, Klasse IV 59 und Klasse V 60 Stunden pro Woche.

Sämtliche Orte bzw. Bezirksämter sind unter Zugrundelegung ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und der dort allgemein üblichen Arbeitsverhältnisse einer der vorstehenden Klassen zugeteilt worden.

Die Vereinbarungen haben Gültigkeit vom 1. April 1917 bis drei Monate nach Friedensschluß, mindestens aber bis 1. April 1918.

Vorstehende Vereinbarungen werden von dem Kriegsamt des Kriegsministeriums allen Arbeitgebern mitgeteilt und die Einhaltung derselben empfohlen.

Das ist das für die Kollegen und Kolleginnen in den Sägewerken geschaffene Abkommen, wonach sich nunmehr ihre Löhne gestalten sollen. Es ist noch nicht das, was es sein müßte, es ist eigentlich erst die Grundlage für eine tarifliche Lohnregelung. Alles Weitere wird von uns und den Kollegen selber abhängen. Höhere und tariflich gesicherte Löhne pflegen den Arbeitern nicht in den Schoß zu fallen, dafür muß gekämpft werden in unausgesetzter, von dem Geiste der gewerkschaftlichen Einigkeit besetzter Arbeit. Mögen die Kollegen und Kolleginnen sich allezeit bewußt sein, daß sie das Erreungene nur erhalten und weiter ausbauen können im engsten Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband, dem allein dieser Anfang zu verdanken ist.

### Wohnungsfrage und Arbeiterschaft.

A. E. Wie werden sich nun die Wohnungsverhältnisse, und wie wird sich im Zusammenhang damit die Bautätigkeit nach dem Kriege gestalten?

Die Beantwortung dieser Frage hängt in sehr hohem Maße von der ferneren Dauer und dem schließlichen Ausgang des Krieges ab. Die Bautätigkeit wird ja stets auf stärkste von der Bevölkerungszunahme und von der ganzen wirtschaftlichen Lage eines Landes beeinflusst. Die immerhin recht flotte Wohnungsbautätigkeit in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege war nur möglich im Zusammenhang mit dem Aufschwung der ganzen deutschen Volkswirtschaft. Ginge etwa der Krieg für Deutschland ungünstig aus, würde der deutsche Handel und die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt stark zurückgedrängt, müßte am Ende gar unser Land riesige Kriegsschadigungen zahlen, so wäre an eine wirtschaftliche Erholung Deutschlands auf Jahrzehnte hinaus nicht zu denken. Die Gelder, die für Kriegsschadigung außer Landes gingen, wären für die deutsche Volkswirtschaft verloren, und eine Stagnation des ganzen Wirtschaftslebens wäre die Folge. Das Dancberliegen des Wirtschaftslebens hätte aber eine Verlangsamung der Bevölkerungszunahme, wahrscheinlich sogar einen Rückgang der Bevölkerungszahl zur Folge. Unser Handel und unsere Industrie könnten weniger Arbeiter beschäftigen, die Auswanderung großer Arbeitermassen, die in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten einer starken Einwanderung Platz gemacht hatte, setze aufs neue ein. In diesem Falle wäre natürlich auch eine Belebung der Bautätigkeit und eine Verbesserung unseres Wohnungswezens in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Aber auch bei einem für Deutschland günstigen Kriegsausgang, den wir ja immer noch erhoffen dürfen, stehen leider einer sofortigen Belebung der Wohnungsbautätigkeit Hindernisse der verschiedensten Art im Wege. Unsere Volkswirtschaft wird nach dem Kriege auf alle Fälle stark erschöpft sein. Die Auffüllung unserer Rohstofflager und die Heranschaffung der nötigen Lebensmittel werden riesige Summen verschlingen. Gemeinden, Reich und Einzelstaaten werden zur Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft und zur Unterstützung der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen ebenfalls gewaltige Summen brauchen. Es wird deshalb auf dem Geldmarkt eine starke Versteifung eintreten. Zum Bauen gehört aber Geld, und zwar billiges Geld. Müssen die Bauunternehmer, Genossenschaften und sonstigen Bauherren für Baugelder und Hypotheken so hohe Zinsen zahlen, daß dadurch die Wohnungsherstellung stark verteuert wird, so rentiert sich diese nicht mehr, das Bauen hört solange auf, bis es durch Mietsteigerungen oder eine Verbilligung der Bau- und Hypothekengelder wieder rentabel wird. Nun werden aber nach

dem Kriege billige Bau- und Hypothekengelder aller Voraussicht nach um so weniger vorhanden sein, als ja das Reich seine Milliardenanleihen schon mit mehr als 5 Prozent verzinsen muß. (Infolge der Ausgabe der fünfprozentigen Anleihen zu 98 stellt sich die tatsächliche Verzinsung dieser Anleihen auf etwa 5 1/2 Prozent.)

Unter diesen Umständen ist eine rasche Belebung der Wohnungsbautätigkeit nach dem Kriege nicht zu erwarten. Wohl aber ist etwas anderes mit aller Sicherheit zu erwarten, nämlich eine Verstärkung des schon vor dem Kriege recht fühlbaren Wohnungsmangels. Insbesondere wird der Mangel an Kleinwohnungen ganz außerordentlich fühlbar werden. Brauchte doch Deutschland vor dem Kriege für seinen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 800 000 bis 900 000 Menschen alljährlich mehr als 200 000 neue Wohnungen, den Ersatz für alte und unbrauchbar gewordene Wohnungen nicht mit eingerechnet. Seit Beginn des Krieges ist die Wohnungsproduktion sehr stark eingeschränkt. Zum Beispiel wurden nach dem Reichsarbeitsblatt (Nr. 6, Jahrg. 1916) in 47 deutschen Städten, für die vergleichbare Angaben vorliegen, in den letzten Jahren folgende Wohngebäude und Wohnungen hergestellt:

Jahr	Wohngebäude	Wohnungen
1912	10 245	68 022
1914	8 072	36 308
1915	2 708	14 434

Im Jahre 1916 ist die Wohnungsproduktion sicher noch weiter zurückgegangen, und seit einigen Monaten ist sie auf Anordnung der Militärbehörden fast ganz eingestellt, weil man die Bauarbeiter dringend zur Fertigstellung der Kriegsbauten braucht. Es handelt sich also um den Ausfall einer ganz außerordentlich großen Zahl von Neuwohnungen.

Nun hat sich zwar während des Krieges die Wohnungsnot im allgemeinen nicht verschärft, vielmehr ist die Leerwohnungsziffer nach Kriegsausbruch in den meisten Orten mehr oder weniger in die Höhe gegangen. Das war auch der Grund, weshalb in einer Zeit, wo fast alle anderen Waren stark in Preise gestiegen sind, und wo das Geld rieflich an Wert verloren hat, allein die Wohnungsmieten auf ihrer alten Höhe verharrten. Aber aus der Steigerung der Leerwohnungsziffer nach Kriegsausbruch darf man nicht schließen, daß nun auch nach Kriegsende kein Mangel an Wohnungen bestehen werde. Infolge des Krieges sind für dessen Dauer sehr viele Haushaltungen aufgelöst worden, sei es, daß alleinstehende Kriegerfrauen zu ihren Eltern — zum Teil aufs Land — zurückkehrten, sei es, daß sie mit Verwandten oder Bekannten zusammenzogen, um für die Dauer des Krieges die Miete zu sparen. Ein sehr großer Teil der frei werdenden Leerwohnungen entfiel übrigens auf größere Wohnungen, deren Mieter nach der Einberufung des Mannes der Geldersparnis halber in kleinere Wohnungen überstiedelten, ferner auf Wohnungen mit Sälen oder gewerblichen Räumen, die nicht mehr benutzt werden konnten, weil sich die Geschäfte infolge des Krieges nicht mehr rentierten, oder weil der Mieter im Felde stand. Auch die Mieter dieser Wohnungen siedelten zum großen Teil in Kleinwohnungen über, so daß sich in vielen Orten der Wohnungsüberfluß bald wieder in einen Kleinwohnungsmangel zu wandeln begann.

Dieser Kleinwohnungsmangel wird sich nach dem Kriege sicher erheblich verschärfen, und er wird sich auch dort bemerkbar machen, wo heute noch ein Ueberfluß an Wohnungen herrscht. Denn nach Kriegsende werden einmal die meisten der aufgelösten Haushalte von neuem begonnen werden, dann aber wird sich nach Kriegsende auch die sehr große Zahl der Kriegsgetrauten eine eigene Hauslichkeit einrichten wollen, und schließlich ist nach Krieges Erfahrungsgemäß die Zahl der Eheschließungen und Familien Gründungen besonders groß. Sie wird nach diesem Kriege um so größer sein, als ja während seiner langen Dauer ein sehr großer Teil unserer jungen Krieger das heiratfähige Alter erreicht hat. Alles das läßt nach dem Kriege eine stürmische Nachfrage nach Wohnungen erwarten, eine Nachfrage, die auch nicht dadurch ausgeglichen werden kann, daß während des Krieges tausende und aber tausende Familienwäter gefallen sind. Denn auch die Familien der Gefallenen müssen ja Wohnungen haben. Sie werden sich allerdings in vielen Fällen mit kleineren Wohnungen als vor dem Kriege begnügen; aber dadurch wird die Kleinwohnungsnot nur noch gesteigert.

So steht zu befürchten, daß sich nach dem Kriege in manchen Orten auf dem Wohnungsmarkt Zustände entwickeln, wie sie sich nach dem Kriege von 1870/71 in Berlin entwickelt haben. Dort waren nach einem Polizeibericht am 1. Oktober 1871 nicht weniger als 10 600 Familien obdachlos. Es kam infolgedessen, da sich die Obdachlosen auf dem Felde vor dem Frankfurter Tor Baracken bauten und die Polizei diese Baracken niederreißen ließ, zu Volksaufständen mit regelrechten Barrikadenbauten und Straßenkämpfen.

Die Folge dieses Wohnungsmangels wird in erster Linie eine sehr starke Steigerung der Mietpreise sein. Daß neue, auf privatwirtschaftlicher Grundlage zu erbaute Wohnungen angesichts der gestiegenen Geld- und Baustoffpreise sowie der gestiegenen Arbeitslöhne nicht mehr zu den alten Mietpreisen herzustellen seien, gilt heute in den Kreisen der Hausbesitzer, Bauunternehmer und Baupetulantien als ganz selbstverständlich.

\*) Siehe auch den Artikel in Nr. 10.

Dr.-Ing. Martin Wagner sprach nur die allgemeine Ueberzeugung jener Kreise aus, wenn er im vergangenen Jahr in einem Artikel der „Bauwelt“ den Satz aufstellte: „Die Mietsteigerung ist die erste und letzte Voraussetzung für jede Bautätigkeit nach dem Kriege.“ Es sei ganz ausgeschlossen, die Neubautätigkeit nach dem Kriege ohne Mietsteigerung zu fördern, weil es unmöglich sei, die Kleinwohnung nach dem Kriege in einer Preislage zu errichten, für die die gegenwärtig gezahlten Mieten hinreichende Rentabilität bieten. Dr. Wagner schätzt die Erhöhung der Baukosten auf 35 Prozent und kommt unter Berechnung des erhöhten Zinsfußes für Hypotheken, der höheren Verwaltungskosten, Steuern und Abgaben zu dem Ergebnis, daß, um die Wohnungsherstellung auf privatwirtschaftlicher Grundlage rentabel zu machen, eine Mietsteigerung für Neubauwohnungen um 33 Prozent erforderlich sei.

Das sind für die Arbeiter als Wohnungskonsumenten geradezu ungeheure Ausfichten; denn wenn die Preise für Neubauwohnungen infolge Verteuerung der Baufkosten und Hypotheken steigen, so steigen erfahrungsgemäß die Mietpreise für alte Wohnungen automatisch mit. Die Steigerung der Mietpreise für neue Wohnungen bedeutet immer eine allgemeine Mietsteigerung. Den Nutzen davon haben die Hausbesitzer und Terrainspekulanten, denen der Wert ihrer Besitzungen ohne irgendwelches Zutun gesteigert wird. Denn nach der Höhe der Mieterträge richtet sich bekanntlich die Höhe der Grundstückspreise. Für die Arbeiter aber bedeutet eine Mietpreissteigerung um 33 Prozent eine ganz unerträgliche Belastung und eine sehr starke weitere Verschlechterung ihrer ohnehin schon sehr schlechten Lebenshaltung. Sie haben deshalb sowohl als Wohnungskonsumenten wie als Produzenten das allerdringendste Interesse daran, daß eine Wohnungsnachfrage nach dem Kriege verhindert wird.

Da, wie gezeigt, angesichts des Geldmarktes auf eine Befriedigung des Wohnbedürfnisses durch das Privatkapital nicht zu rechnen ist, so bleibt nur eine entschiedene Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues übrig. Es muß verlangt werden, daß hier sowohl das Reich wie die Einzelstaaten und die Gemeinden eingreifen. Dies kann besonders durch Vergabe billigen Baulandes sowie durch Gewährung billiger Darlehen an Baugesellschaften und solche Private geschehen, die sich zur Errichtung von Kleinwohnungen auf gemeinnütziger Grundlage verpflichten. Die preussische Regierung hat auf diesem Gebiet einen wichtigen Schritt getan, indem sie in dem Wohnungsgesetz, das gegenwärtig den preussischen Landtag beschäftigt, 20 Millionen Mark zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit vorgeesehen hat. In anderen Bundesstaaten und in vielen Gemeinden hat man sich ebenfalls schon mit dieser Frage beschäftigt. Auf diesem Wege müssen Gemeinden, Reich und Einzelstaaten entschlossen weitergehen, und zwar muß das so bald als möglich geschehen, damit bis zur Kriegsbeendigung mindestens alles zum Bau von Kleinwohnungen Erforderliche vorbereitet werden kann. Sie dürfen sich dabei nicht durch das Geschrei der Hausbesitzer und anderer an der Verteuerung der Wohnungen interessierter Schichten beirren lassen, die natürlich von der Förderung des gemeinnützigen und genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues durch die Gewährung billiger Hypotheken oder die Uebernahme von Bürgschaften für solche Hypotheken durch Reich oder Staat eine „schwere Schädigung des bestehenden Hausbesitzes“ befürchten. Wenn unsere Krieger nach jahrelangem schweren Ringen, vielfach an ihrer Gesundheit geschwächt, in die Heimat zurückkehren, dann können sie verlangen, daß man ihnen genügend billige und gesunde Wohnungen zur Verfügung stellt, und daß man für sie durch eine möglichst weitgehende Förderung der Bautätigkeit Arbeitsgelegenheit schafft. Insbesondere können die Kriegsgeschädigten sowie die linderreichen Familien nach dem Kriege eine ausreichende Wohnungsfürsorge erwarten.

Darüber hinaus ist nach dem Kriege eine allgemeine Verbesserung unseres gesamten Wohnebens dringend erforderlich, wenn das deutsche Volk körperlich, geistig und sittlich gesund und wirtschaftlich leistungsfähig bleiben soll. Ein Wohnwesen, bei dem Millionen von Menschen dazu verurteilt sind, in engen, dampfen und zum Teil lichtlosen Räumen eng beisammen zu leben, an dessen Mängeln alljährlich tausende Säuglinge und Erwachsene zugrunde gehen, das zur Einschränkung der Kinderzahl förmlich zwingt, und das den Wohnungsmietern zugunsten von Grundrentnern und Spekulanten riesige Opfer auferlegt — ein solches Wohnwesen ist eines großen Kulturvolkes unwürdig. Man muß darum wünschen, daß dem ersten Schritt der preussischen Regierung auf dem Gebiete der Wohnungsreform bald weitere Schritte im ganzen Reiche folgen möchten.

### Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

**März.**  
Trotzdem bisher schon in der Kriegsindustrie mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet wurde, kann immer wieder über eine weitere Steigerung der Beschäftigung berichtet werden. In der Gesamtübersicht über die Lage des Arbeitsmarktes im Monat März sagt das Reichsarbeitsblatt: „Die eingespannte Beschäftigung der Kriegsindustrie ist im März mit unverminderter Kraft fortgeführt worden. Die schon im Vormonat in einzelnen Gewerbebezirken teilweise hervorretenden weiteren Steigerungen der Leistungen gegen Vorjahr wie Vormonat haben sich im Berichtsmonat in noch ausgeprägterem Maße als bisher geltend gemacht.“

Von der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe heißt es in dieser Uebersicht, daß sie im allgemeinen bei der gleichen Lage wie im Vormonat beharre. Nach den Berichten der Unternehmer aus den einzelnen Gewerbebezirken über die Geschäftslage gibt das Reichsarbeitsblatt die folgende Uebersicht: Die Säge- und Hobelwerke wie die Kistenfabriken berichten für März aus Süddeutschland über ungewöhnliche Fortdauer ihrer sehr guten Beschäftigung. Die Kistenfabrikation erfreut sich nach wie vor lebhafter Nachfrage und stellt ebenfalls gute Beschäftigung im Vormonat fest. Demgegenüber ist in

der Herstellung von Schattendecken, Rolläden usw. infolge des kalten Wetters der Absatz zurückgegangen. In der Nachfrage nach Holzpflasterung hat sich eine Veränderung dem Vormonat gegenüber nicht gezeigt. Die Korbfabrikanten hatten ebenso befriedigenden oder, wie alljährlich vor Ostern, besseren Absatz als im Vormonat. Dem Vorjahr gegenüber wird teils dieselbe Lage, teils eine Besserung festgestellt. Die Schmirindustrie bekundet teilweise keine Veränderung und bezeichnet den Geschäftsgang als gut, während nach anderen Berichten eine Abschwächung des Absatzes hervorgetreten ist. Für den Schiffbau macht sich keinerlei erhebliche Verschiebung der Arbeitsverhältnisse geltend. Die Beschäftigung der Eisenbahnwagenbauanstalten ist die gleiche geblieben wie im Vormonat. Vereinzelt ist gegenüber dem Vorjahr gesteigerte Tätigkeit festzustellen. Teilweise mußten Ueberstunden und Nachtschichten geleistet werden. Im Kraftwagenbau herrscht die gleich starke Beschäftigung wie in den Vormonaten und im Vorjahr. Es mußte teilweise mit Ueberstunden gearbeitet werden.

Bei der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstalteten monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad wurden im März 150 Betriebe erfaßt. Nicht berichtet hat eine Pianofabrik, die im Vormonat 120 Arbeiter beschäftigte, und eine Fabrik für weiße Möbel mit 10 Beschäftigten hat den Betrieb geschlossen. Ueber das Ergebnis der Erhebung unterrichtet die folgende Tabelle.

Berufsgruppe	Beschäftigte im März	im Vergleich mit Vormonat		im Vergleich mit Vorjahr		Beschäftigungsgrad		Beschäftigung	
		absolut	prozentuell	absolut	prozentuell	absolut	prozentuell	absolut	prozentuell
Möbel	41	4619	3185	155	188	13	2008	22	1057
Bau und Möbel	10	925	598	41	25	1	190	6	671
Weißes Möbel	2	208	166	—	—	—	2	203	—
Zugsmöbel	3	421	276	105	4	2	429	—	1
Bau	4	387	251	21	—	—	2	176	1
Schiffe	11	590	592	28	16	3	178	7	388
Pianos und Orgeln	17	2108	3068	107	79	2	485	10	1112
Gonst. Musikinstr.	4	806	172	178	12	1	600	2	180
Bücher u. Papier	18	2971	1177	38	65	1	100	6	1848
Steinbohle	4	1412	346	2	16	—	—	—	4
Textilien	8	2034	246	38	17	2	926	8	604
Flugzeuge	11	3035	161	552	108	8	572	6	2254
Waggons	3	2328	170	50	45	2	360	6	1761
Sport- u. Kinderw.	2	558	272	—	65	—	—	—	2
Automobile	8	167	4	14	6	2	182	1	35
Nähmaschinen	8	583	610	34	30	—	2	194	5
<b>Zusammen</b>	<b>150</b>	<b>2922</b>	<b>11744</b>	<b>1171</b>	<b>749</b>	<b>32</b>	<b>6275</b>	<b>77</b>	<b>11471</b>
<b>im Vormonat</b>	<b>152</b>	<b>2935</b>	<b>12095</b>	<b>367</b>	<b>774</b>	<b>50</b>	<b>1297</b>	<b>75</b>	<b>12765</b>

Das Gesamtergebnis weist gegenüber dem Vormonat keine wesentlichen Veränderungen auf. Der Geschäftsgang kann durchgängig als gut bezeichnet werden.

Die Berichterstattung der Krankenkassen an das Reichsarbeitsblatt über ihren Mitgliederstand war diesmal vollständiger als im Vormonat. Ueber den Stand am 1. März haben 5713 Kassen berichtet, über den Stand am 1. April 6157. Diese hatten an versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken:

am 1. März 4 186 055 männliche, 4 211 333 weibliche,  
am 1. April 4 229 556 männliche, 4 268 077 weibliche.

Sicnach haben die männlichen Beschäftigten um 43 501 oder 1,04 Prozent und die weiblichen um 54 744 oder 1,30 Prozent zugenommen. Insgesamt ist die Anzahl der Beschäftigten um 98 245 oder 1,17 Prozent gestiegen. Zu beachten ist, daß die beträchtliche Zahl der in der Industrie und Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen und damit auch deren Zu- oder Abnahme in diesen Zahlen auch nicht anteilsweise enthalten ist.

Auch diesmal wieder ist eine Zunahme der männlichen Versicherten zu konstatieren, die stärker war als die Zunahme im vorigen Monat. In noch stärkerem Maße ist aber die Zahl der weiblichen Kassennmitglieder gestiegen. Am 1. März hat nach dieser Statistik die Zahl der weiblichen Versicherten zum ersten Male die der männlichen überstiegen, jetzt tritt das Uebergewicht des weiblichen Geschlechts noch stärker in Erscheinung.

Die Berichterstattung über die besonderen Klassen der Holzindustrie, wobei gleichfalls nur die versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken gezählt sind, hatte folgendes Ergebnis:

Kassenarten	Zahl der Versicherten	Männl. Mitglied.		Weibl. Mitglied.	
		am 1. April	Gegenüber d. Stand am 1. März	am 1. April	Gegenüber d. Stand am 1. März
Orts-Krankenkassen	8	7722	-1,62	2861	-4,95
Innungs-Krankenkassen	23	8878	-1,20	767	+2,82
Betriebs-Krankenkassen	89	9405	-0,85	3876	-0,08

In allen drei Kassenarten hat sich sowohl die Zahl der männlichen als auch die der weiblichen Mitglieder vermehrt. Bei den 8 Ortskrankenkassen der Rißler herrscht die Zunahme der männlichen Mitglieder 307, der weiblichen 155. Bei den 23 Innungskrankenkassen war ein Zuwachs an männlichen Mitgliedern um 105, an weiblichen Mitgliedern um 21 zu verzeichnen. Bei den 89 Betriebskrankenkassen aus der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ist eine Steigerung der männlichen Mitglieder um 79, der weiblichen um 3 eingetreten. Bei allen 120 Kassen zusammen beträgt der Zuwachs an männlichen Mitgliedern 307, an weiblichen 154.

Ueber ihre Tätigkeit im Monat März haben 1504 Arbeitsschiffe an das Reichsarbeitsblatt berichtet; darunter sind 177 Arbeitsschiffe, die im Berichtsmonat keine Tätigkeit entfaltet haben. Unter Einrechnung der Kasse aus dem Vormonat ergeben sich für die Arbeitsschiffe, die offenen und die besetzten Stellen bei allen Nachweiser zusammen die folgenden Zahlen, wobei zugleich die entsprechenden Zahlen für den Vormonat und den Vergleichsmonat des Vorjahres angegeben werden.

Monat	Arbeitsuchende		Offene Stellen		Besetzte Stellen		Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
März 1916	206	181	255	117	143	88	81,15
Febr. 1917	150	174	240	155	107	88	62,11
März 1917	160	183	268	176	114	97	60,10

Im Vergleich zum Vormonat ist die Zahl der arbeitssuchenden Männer und Frauen gestiegen, noch stärker ist aber die Zahl der offenen Stellen. Infolgedessen ging der Andrang auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Arbeitern von 82 auf 60 zurück. Auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Arbeiter ist der Andrang immer noch stärker als die Nachfrage, doch kommen im März nur noch 104 Arbeitssuchende auf 100 offene Stellen.

In der folgenden Tabelle geben wir eine gleichartige Uebersicht über den Stand des Arbeitsmarktes in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe.

Monat	Arbeitsuchende		Offene Stellen		Besetzte Stellen		Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
März 1916	7800	818	9090	284	4800	212	80,28
Febr. 1917	4270	418	7120	515	3108	367	60,8
März 1917	4380	405	7685	381	3104	208	57,10

Wie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, so ist auch in der Holzindustrie die Zahl der arbeitssuchenden männlichen Arbeiter größer geworden, noch stärker aber hat sich verhalten mit dem Vormonat, die Zahl der offenen Stellen vermehrt, so daß auf 100 offene Stellen nur 57 Arbeitssuchende kamen, gegen 60 im Februar und 80 im März vorigen Jahres. Auf dem Arbeitsmarkt für die Holzindustrie erhalten die weiblichen Arbeiter eine wachsende Bedeutung. Die absoluten Zahlen sind aber noch niedrig, so daß kleine Veränderungen die Verhältniszahl stark beeinflussen. So ist der Andrang der weiblichen Arbeiter an 100 offene Stellen im März wieder auf 106 gestiegen, während die Andrangsziffer im Februar schon auf 81 gesunken war, nachdem sie im März 1916 gar 288 betragen hatte.

Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit am Schluß des Monats März haben 38 Gewerkschaften berichtet, die abzüglich der zum Seeresdienst einberufenen 880 588 Mitglieder zählten, von denen 815 015 von der Arbeitslosenanzahl erfaßt wurden. Am Erhebungstage waren 10 957 Mitglieder am Ort und 82 auf der Reise arbeitslos, das sind 1,4 Prozent der von der Fählung erfaßten Mitglieder. Der Stand der Arbeitslosigkeit hat sich andauernd verbessert. Im Januar waren 1,7 Prozent, im Februar 1,8 Prozent der Mitglieder arbeitslos. In den drei ersten Monaten des Jahres 1916 betrug die Arbeitslosenquote 2,6, 2,8 und 2,2 Prozent. Die verhältnismäßig hohe Zahl der weiblichen Arbeitslosen ist gleichfalls beträchtlich zurückgegangen. Von den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern waren Ende März vorigen Jahres 8,1 Prozent arbeitslos. Im Januar dieses Jahres waren es 4,7 Prozent, im Februar gleichfalls 4,7 Prozent, im März nur noch 3,0 Prozent. Von den männlichen Mitgliedern waren Ende März 1916 1,0 Prozent arbeitslos, Ende Januar dieses Jahres 0,9 Prozent, im Februar 0,8 Prozent und Ende März nur noch 0,7 Prozent.

In den zur Industrie der Holz- und Schnitzstoffe gehörigen Verbänden war der Stand der Arbeitslosigkeit Ende März noch etwas günstiger als der allgemeine Durchschnitt; es waren 0,8 Prozent der Mitglieder arbeitslos, gegen 1,7 Prozent Ende März vorigen Jahres. Von den vier hier in Betracht kommenden Verbänden hatte der Bildhauer-Verband die höchste Arbeitslosigkeit mit 2,3 Prozent der Mitglieder. Der christliche Holzarbeiter-Verband hatte 0,3 Prozent, der Gewerbeverein der Holzarbeiter 0,4 Prozent Arbeitslose. In unserem Deutschen Holzarbeiter-Verband waren Ende März von den männlichen Mitgliedern 0,6 Prozent, von den weiblichen 2,1 Prozent, zusammen 0,8 Prozent arbeitslos.

Zum Schluß fügen wir noch eine Uebersicht über die Verteilung der Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und der Arbeitslosen auf die einzelnen Staaten und Landesteile an, die den Stand am Schluß des Jahres 1916 und am Schluß des ersten Quartals 1917 wiedergibt. Hierbei halten wir uns an die amtliche Einteilung, die von unserer Gaueninteilung wesentlich abweicht.

Staaten und Landesteile	Mitglieder Ende		Arbeitslose Ende		Arbeitslose auf 100 Mitgl.	
	Dez. 1916	März 1917	Dez. 1916	März 1917	Dez. 1916	März 1917
1. Ostpreußen, Westpreußen, Pommern	2287	2690	11	17	0,48	0,64
2. Berlin und Brandenburg	8340	14563	182	212	1,36	1,45
3. Posen und Schlesien	2932	3057	41	17	1,40	0,55
4. Provin. Sachsen und Anhalt	3820	4080	45	19	1,18	0,46
5. Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Fürstentum Lübeck, Hansestädte Lübeck und Hamburg	5006	5193	26	20	0,51	0,39
6. Hannover, Oldenburg (ohne Fürstentum Lübeck und Bückeburg), Braunschweig, Bremen	6557	6673	27	32	0,41	0,48
7. Westfalen, beide Lippe	815	862	—	—	—	—
8. Rheinprovinz und Rheinland	1979	2179	4	1	0,20	0,05
9. Hessen-Kassel, Großherzogtum Hessen, Waldeck	2533	2580	5	6	0,20	0,23
10. Bayern (rechtsrheinisch)	8605	8373	152	117	1,77	1,39
11. Königreich Sachsen und Thüringische Staaten	16112	16885	190	116	1,18	0,69
12. Württemberg, Baden, Hohenzollern	1067	1731	8	5	0,20	0,29
13. Elb- u. Weichselufer und Reichs Elsaß	515	576	2	5	0,39	0,87
<b>Deutsches Reich</b>	<b>68719</b>	<b>72761</b>	<b>633</b>	<b>597</b>	<b>1,01</b>	<b>0,83</b>

Diese Tabelle zeigt, daß die Mitgliederzahl des Verbandes im ersten Quartal wiederum gestiegen, aber die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist. Am größten war die Arbeitslosigkeit in Berlin und Provinz Brandenburg sowie im rechtsrheinischen Bayern. Am günstigsten stehen die Provinz Westfalen und beide Typen, wo an beiden Erhebungstagen überhaupt keine Arbeitslosen vorhanden waren.

### Soziales.

#### Das Arbeitskammergesetz.

Bei den bürgerlichen Parteien des Reichstages soll große Neigung bestehen, das Arbeitskammergesetz aus der Besenkung hervorzuholen und es mit möglicher Beschleunigung zustande zu bringen. Man gibt sich der Erwartung hin, daß es sehr leicht sein werde, eine Verständigung zu erzielen. Im Jahre 1910 ist nämlich eine Regierungsvorlage über die Errichtung von Arbeitskammern vom Reichstag durchberaten worden. Der Gesetzentwurf war in der zweiten Lesung erledigt, er ist aber schließlich nicht verabschiedet worden, weil zwischen Reichstag und Regierung noch ein Differenzpunkt vorhanden war. Die Mehrheit des Reichstages war für die Wählbarkeit der Gewerkschaftsangehörigen als Arbeitervertreter, die Regierung lehnte aber ein solches Entgegenkommen an die Arbeiter entschieden ab, und so blieb das für die Verabschiedung reife Gesetz unerledigt.

Wenn jetzt die Wiederausgrabung dieses Gesetzes angeht, dann geht man dabei von der Voraussetzung aus, daß die Regierung ihren früheren Widerspruch heute nicht mehr aufrechterhalten wird, so daß dieses Hindernis für das Zustandekommen des Gesetzes beseitigt wäre. Diese Vermutung dürfte zutreffen. Ob aber ein Arbeitskammergesetz in der Fassung, die es im Jahre 1910 im Reichstag erhalten hat, einen besonderen sozialpolitischen Fortschritt bedeuten würde, das ist eine Frage, die nicht unbedingt bejaht werden kann.

Nach jenem Gesetz können Arbeitskammern für ein Gewerbe oder mehrere verwandte Gewerbegebiete auf sachlicher Grundlage errichtet werden. Sie sollen Organe zur Pflege des wirtschaftlichen Friedens zwischen Unternehmern und Arbeitern sein. Neben den gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter, die zu pflegen sie berufen sind, können sie auch die besonderen Interessen der Arbeiter, aber unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen, wahrnehmen. Zu den Aufgaben der Arbeitskammern gehören die Erstattung von Gutachten an die Staats- und Gemeindebehörden, insbesondere in Sachen des Arbeiterschutzes und über die Auslegung von Verträgen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Auf Ansuchen sollen sie bei der Erhebung über gewerbliche und wirtschaftliche Verhältnisse mitwirken. Sie sollen Veranstaltungen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter anregen. Auf Anrufung der Beteiligten sollen sie beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken und Vereinbarungen über die Regelung der Wohnfrage in der Hausindustrie fördern. Sie sind berechtigt, Anträge an Behörden und gesetzgebende Körperschaften zu stellen. Angelegenheiten, die nur die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, gehören nicht zu ihrem Tätigkeitsbereich, doch können sie unter gewissen Voraussetzungen als Einigungsamt bei Lohnstreitigkeiten angerufen werden. Als Arbeiter im Sinne des Gesetzes kommen Handlungsgehilfen, Werkmeister, Betriebsbeamte und Techniker nicht in Betracht. Die Mitglieder der Kammer werden gewählt. Wahlberechtigt sind Deutsche beiderlei Geschlechts, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, in dem Bezirk der Kammer tätig sind und den Gewerbebezügen angehören, für welche die Kammer errichtet ist. Wählbar soll sein, wer dem betreffenden Gewerbebezug wenigstens drei Jahre als Arbeitgeber oder Arbeiter angehört hat und das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen des Arbeitskammergesetzes, welches den berechtigten Wünschen der Arbeiter nach einer gesetzlichen Vertretung ihrer Interessen nur in sehr unvollkommener Weise entgegenkommt. Sollte der Gesetzentwurf wieder eingebracht werden, dann werden die Arbeitervertreter viel weitergehende Forderungen erheben müssen. Insbesondere werden sie verlangen, daß nicht Arbeitskammern, sondern Arbeiterkammern errichtet werden.

Der Unterschied zwischen beiden Einrichtungen ist sehr erheblich. Arbeitskammern sind paritätische Einrichtungen, in welchen die Arbeiterwünsche nicht rein zur Geltung kommen. Der Umstand, daß die Vertreter entgegengelegter Interessen zusammen wirken, kann unter Umständen dazu führen, daß die Äußerungen der Kammer jeden Wert verlieren. Das Gesetz sieht z. B. vor, daß bei Gutachten oder Anträgen die Arbeitgeber und die Arbeiter getrennt abstimmen. Nehmen die beiden Gruppen einen entgegengesetzten Standpunkt ein, dann gilt der Antrag als nicht gestellt oder das Gutachten als nicht erteilt. Der Standpunkt der Arbeitgeber kann aber trotzdem zur Geltung gebracht werden, denn sie haben in den Innungen, den Gewerbe- und Handwerkerkammern, die Großindustrie daneben in den Handelskammern eine auf gesetzliche Grundlage beruhende reine Vertretung ihrer Interessen. Daß die Arbeiter durch die Gesellensauschüsse auch eine Vertretung in den Innungen und Handwerkerkammern haben, ist praktisch bedeutungslos, denn die Gesellensauschüsse sind nicht viel mehr als eine Dekoration.

Als Gegengewicht gegen die gesetzlichen Vertretungskörperschaften der Unternehmer fordern die Arbeiter Arbeiterkammern, in die nur Vertreter der Arbeiter gewählt werden, und die nur die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Gegen solche reinen Interessenvertretungen der Arbeiter könnte eingewendet werden, daß Forderungen, welche von der paritätischen Arbeitskammer erhoben werden, viel höher gewertet werden und mehr Aussicht auf Beachtung haben als die Kundgebungen der reinen Arbeiterkammer. Das ist gewiß richtig. Es muß aber beachtet werden, daß paritätische Arbeitskammern vermöge ihrer Zusammenfassung Arbeiterwünsche in der Regel nur in sehr denotierter Form äußern werden. Wichtig ist vor allem, daß die Arbeiter das Recht haben, zu verlangen, daß sie in

der gleichen Weise behandelt werden wie die übrigen Erwerbsstände. Hat man den Unternehmern in Handel, Gewerbe und Handwerk eine gesetzliche Vertretung eingeräumt, dann ist es ein Unrecht, den Arbeitern eine entsprechende Vertretung vorzuenthalten. In den Arbeiterorganisationen hat es lange Meinungsverschiedenheiten darüber gegeben, ob Arbeiterkammern oder Arbeitskammern vorzuziehen sind. Auf dem Gewerkschaftskongress zu Köln im Jahre 1905 ist diese Frage sehr gründlich erörtert worden mit dem Ergebnis, daß sich der Kongress für Arbeiterkammern aussprach. Von diesem Standpunkt abzugehen, lag bisher kein Anlaß vor. Wenn die Frage jetzt wieder aktuell werden sollte, wird die Forderung nach Arbeiterkammern mit aller Entschiedenheit vertreten werden.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 19. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

618004 Marie Luz, geb. Köpf, Bleistiftarb., geb. 5. 8. 92 zu Landsküt.

886295 Paul Fuhr, Stellm., geb. 29. 12. 87 zu Mochlitz.

695529 Georg Fuhr, Tschl., geb. 15. 4. 91 zu Schwerfenz.

Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorsitz.

#### Korrespondenzen.

Köln. In der am 22. April abgehaltenen außerordentlich gut besuchten Generalversammlung wurde der Geschäfts- und Kassenbericht erstattet. Die Zahlstelle hat sich im ersten Quartal 1917 sehr gut entwickelt. Es sind 104 Neuaufnahmen zu verzeichnen, so daß sich ein Mitgliederbestand von 881 ergibt; fast zwei Drittel, nämlich etwas über 1400 Kollegen, befinden sich im Heeresdienst. Das Vermögen der Lokalkasse hat um 1000 Mk. zugenommen. Infolge einer Veröffentlichung des Metallarbeiter-Verbandes über seine Mitgliederzunahme erhielten wir verschiedene Zuschriften aus dem Felde, die die Besorgnis aussprechen, ob es auch dem Holzarbeiter-Verband möglich sein werde, über diese schlechte Zeit glücklich hinwegzukommen. Die Kollegen im Felde können beruhigt sein. Daß sich die Zahlstelle auch im Kriege weiter fortentwickelt, dafür ist gesorgt, und es ist besonders das Verdienst der älteren Kollegen, die sich bereitwillig wieder zur Verfügung stellen. Die Generalversammlung nahm nach eingehender Aussprache, in der zum Ausdruck kam, daß bei der riesigen Teuerung die heutigen Löhne keine Existenzmöglichkeit mehr bieten, einen Antrag an, den Hauptvorstand zu beauftragen, unverzüglich Verhandlungen einzuleiten zur Erreichung einer weiteren Teuerungszulage von 33 1/2 Prozent.

### Aus der Holzindustrie.

#### Die Arbeitsgemeinschaft im Holzgewerbe als Muster.

In der Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik spielt die Frage des Schutzes der arbeitenden Frauen als ein Mittel zur Hebung der Bevölkerung eine große Rolle. Die Sitzung dieser Kommission vom 28. März war dadurch besonders bemerkenswert, daß in ihr zum ersten Male eine Frau als Regierungsvertreterin erschien. Die Leiterin der Frauenerbeitszentrale im Kriegsamt, Fräulein Dr. Lüders, nahm in amtlicher Eigenschaft an dieser Sitzung teil. In dem knappen Bericht, der über die Verhandlung in der Presse veröffentlicht wurde, wird unter anderem mitgeteilt, daß der Referent der eingesehten Unterkommission, Abgeordneter Dr. Quast, über die Lohnfrage der Arbeiterfrauen berichtete und bei dieser Gelegenheit auch den Ausbau der Arbeitsgemeinschaften und Schlichtungskommissionen auch für Frauen nach dem Muster des Holzarbeiter-Verbandes empfahl.

Der kurze Zeitungsbericht gestattet es nicht, sich ein richtiges Bild von dem Vortrag und der Aussprache zu machen. Bemerkenswert ist es aber immerhin, daß ein bekannter Sozialpolitiker die Arbeitsgemeinschaft und die Schlichtungseinrichtungen im Holzgewerbe als nachahmenswertes Beispiel hinstellt. In der Tat bedeutet die Einrichtung, wie sie sich allmählich im Holzgewerbe entwickelt hat, einen wertvollen Fortschritt. Die Grundlage dieser Einrichtung ist die gegenseitige Achtung der Organisation. Das war auch in der Holzindustrie nicht immer so. Man hat aber nach erbitterten Kämpfen um die Anerkennung der Organisation schließlich erkannt, daß man sich gegenseitig ertragen muß. Aus dieser Erkenntnis entwickelte sich zunächst bei den beiderseitigen Zentralvorständen das Gefühl gegenseitiger Achtung. Die Sonderinteressen, die jede Gruppe verfolgt, sind kein Hindernis, sich zur Förderung der gemeinsamen Interessen zusammenzufinden und auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verkehren. Dieser Zustand ermöglicht es den Organisationen, die Verhältnisse im Gewerbe allein, ohne fremde Mithilfe, zu regeln. Die Zentralvorstände sowohl als auch die örtlichen Schlichtungskommissionen im Holzgewerbe verhandeln in der Regel ohne Unparteiliche, die in anderen Gewerben vielfach zur Erzielung eines Ergebnisses unentbehrlich sind. Nur in seltenen Ausnahmefällen ergab sich bisher die Notwendigkeit, auf einen Unparteilichen zurückzugreifen, weil im unmittelbaren Verkehr eine Verständigung nicht zu erzielen war.

Dabei sind unsere Schlichtungseinrichtungen und was damit zusammenhängt auch bei uns noch nicht ideal geregelt. Die Mängel sieht niemand besser als diejenigen, die den Dingen näherstehen. Aber der Umstand, daß unsere Einrichtungen als Muster hingestellt werden, legt uns die Verpflichtung auf, sie auch zu wirklichen Mustereinrichtungen auszubauen. Ganz besonders müssen wir uns bemühen, die örtlichen Schlichtungskommissionen aktionsfähig zu gestalten. Als ein Hindernis erweist sich die Kurzschichtigkeit der Arbeitgeber an vielen

Orten. In erster Linie ist es Aufgabe der Zentralleitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes, seine Mitglieder zu belehren, daß es auch in ihrem Interesse liegt, die örtlichen Schlichtungskommissionen arbeitsfähig zu erhalten. An Vermittlungen von unserer Seite hat es bisher nicht gefehlt, und wir werden sie fortsetzen. Die schnelle und gerechte Entscheidung von Streitigkeiten ist das beste Mittel zur Sicherung der Verträge und zur Festigung des Tarifvertragsgebantens.

#### Nicht so vorlaut!

Das Abkommen für das bayrische Sägeregewerbe, welches im Leitartikel der heutigen Nummer besprochen ist, ist ausschließlich das Werk des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Von den Organen unseres Verbandes ist die Bewegung eingeleitet worden, und bei den vielen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber, die unter der geschickten und unparteilichen Leitung des Herrn Hauptmann Prinz von der Münchener Kriegsamtstelle geführt wurden, lag die Vertretung der Arbeiterinteressen ausschließlich in den Händen der Beauftragten des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Am Schluß der Verhandlungen ist zwischen den Parteien vereinbart worden, daß über die Vorgänge erst dann in der Öffentlichkeit berichtet werden soll, wenn alle Unterschriften vorliegen, deren Sammlung einige Zeit in Anspruch nimmt.

Noch war dieser Augenblick nicht gekommen, da brachte „Der Arbeiter“, das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, in seiner Nummer vom 3. Mai einen Artikel, der bestimmt ist, den Anschein zu erwecken, als handle es sich um ein Werk des christlichen Holzarbeiter-Verbandes. Demgegenüber ist es nicht überflüssig, ausdrücklich festzustellen, daß der christliche Holzarbeiter-Verband an der Bewegung für das bayrische Sägeregewerbe in keiner Weise beteiligt war. Erst später, nachdem die schwierigen Verhandlungen abgeschlossen waren, erfuhr die Vertreter unseres Verbandes, daß sich Vertreter des christlichen Verbandes darum bemühten, die Erlaubnis zu erlangen, das fertige Abkommen mit unterzeichnen zu dürfen.

Es ist allen Berufsangehörigen hinreichend bekannt, daß auch bei den Bewegungen, die unser Verband gemeinsam mit den anderen Holzarbeiterorganisationen unternimmt, die Führung regelmäßig in den Händen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes liegt. Bei den Größenverhältnissen der Organisationen ist das auch ganz natürlich, und es ist nicht notwendig, diese Tatsache im Einzelfall besonders zu unterstreichen. Im vorliegenden Fall hat der katholische „Arbeiter“ seinen Freunden im christlichen Holzarbeiter-Verband einen Bärendienst geleistet. Wir hätten keine Veranlassung gehabt, zu erwähnen, daß der christliche Verband an der Bewegung im Sägeregewerbe völlig ungeschuldet ist, wenn sich der „Arbeiter“ nicht gar zu vorlaut benommen und uns dadurch zu dieser Feststellung gezwungen hätte.

### Gewerkschaftliches.

#### Erhöhte Teuerungszulagen im Buchdruckergerber.

Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker hat eine Erhöhung der den Gehilfen zu gewährenden Teuerungszulagen beschlossen. Hiernach werden die bisher monatlich gewährten Teuerungszulagen wöchentlich gewährt. Die Höhe des Zuschlages ist unterschiedlich. Durch den Buchdrucker-tarif sind auf den Grundlohn prozentuale Lokalzuschläge vorgesehen. Dadurch sind die Verdienste in verschiedene Lohnklassen geteilt, welche bei der Bemessung der Teuerungszulage berücksichtigt sind. Weiter ist der Lohn des einzelnen Arbeiters berücksichtigt sowie sein Familienstand. In Orien bis zu 10 Prozent Lokalzuschlag erhält z. B. ein Arbeiter, der den Mindestlohn oder 1 Mk. darüber bezieht, 7,50 Mk. Teuerungszulage, wenn er verheiratet ist. Ledige erhalten im gleichen Fall wöchentlich 6 Mk. Ist der Lohn höher, dann sinkt die Zulage. In der genannten Ortsklasse beträgt sie für Arbeiter, die mehr als 9 Mk. über dem Minimum verdienen, 3 Mk. bzw. 2 Mk. In den Orten der höchsten Lohnklasse mit mehr als 15 Prozent Lokalzuschlag schwankt die Höhe der wöchentlichen Zulage zwischen 9,50 Mk. und 4,50 Mk. bei den Verheirateten und zwischen 8 Mk. und 3 Mk. bei den Ledigen. Die erhöhten Teuerungszulagen sind erstmalig am ersten Jahltag im Monat Mai fällig.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter hat sich im Jahre 1916 nicht günstig entwickelt. Die Mitgliederzahl ist von 21016 auf 17957 zurückgegangen. Die darin enthaltene Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 1102 auf 1387 gestiegen. Bei einer Einnahme von 583 567 Mk. und einer Ausgabe von 668 642 Mk. hat sich das Verbandsvermögen um 85 075 Mk. vermindert und betrug am Jahres-schluß noch 1 430 711 Mk. Auch das Vermögen der Lokalkassen ist von 321 468 Mk. auf 285 284 Mk. zurückgegangen.

Der Gemeindearbeiter-Verband unterscheidet in seiner Jahresübersicht zwischen buchmäßigen und zahlenden Mitgliedern; bei letzteren ist auf je 13 vereinnahmte Wochenbeiträge ein Mitglied gerechnet. In solchen zahlenden Mitgliedern zählte der Verband am Jahres-schluß 24 585 gegen 25 095 am Ende des Jahres 1915. Die Zahl der buchmäßigen Mitglieder betrug Ende 1915 26 539, Ende 1916 waren es 23 390. Die Reineinnahme des Verbandes im Geschäftsjahr 1916 betrug 452 822 Mk., die Ausgabe 461 713 Mk. Das Gesamtvermögen der Hauptkassen betrug am Jahres-schluß 513 683 Mk. Bei den Filialkassen befanden sich 354 481 Mk.

Der Schneider-Verband zählte am Schluß des Jahres 1916 21 298 Mitglieder gegen 23 824 am Ende des Jahres 1915. Bei Ausbruch des Krieges hatte der Verband 49 145 Mitglieder, von denen bis Ende 1916 22 681 zum Heeresdienst eingezogen waren. Die Zahl der weiblichen Mitglieder, die bei Ausbruch des Krieges 8485 betrug, ging bis Ende 1914 auf 7007 zurück. Ende 1915 waren wieder 7418 vorhanden, und im Jahre 1916 ist eine weitere Steigerung auf 7972 eingetreten. Der Verband hat im Jahre 1916 an Krankenunterstützung 77 945 Mk., an Kriegsunterstützung 167 098 Mk. ausgegeben. Das Vermögen des Verbandes verminderte sich von 1 062 428 Mk. auf 971 511 Mk. Auch die Vorstände der Lokalkassen haben sich von 102 880 Mark auf 97 485 Mk. vermindert. Etwas übliche Aufwendungen macht der Verband für die Fachschriftliche Zeitschrift.

die er neben dem Verbandsorgan als selbständiges Blatt herausgibt. Dieses monatlich erscheinende Blatt ist im Jahre 1916 in insgesamt 60 000 Exemplaren erschienen. Nach Abzug der Einnahmen an Abonnements mußte der Verband, auf das ganze Jahr berechnet, für jedes Exemplar 1,28 Mk. zahlen. Als Zuschuß des Verbandes sind dementsprechend 6400 Mk. verbucht. — Ueber das Ergebnis der Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe haben wir berichtet. Diese Ergebnisse sind den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet worden. Das Abkommen für die Konfektionsindustrie wurde mit 1203 gegen 17, das für die Maßschneiderei mit 3438 gegen 281 Stimmen angenommen.

Die **Tabakarbeiter** haben sich auf einer am 19. April in Frankfurt a. M. abgehaltenen Konferenz, an welcher Vertreter aller drei Tabakarbeiterorganisationen teilnahmen, mit der Frage im Gewerbe beschäftigt. Infolge des Mangels an Rohmaterial ist die Produktion durch behördliche Maßnahmen stark eingeschränkt worden. Dadurch wurden auch die Arbeiter empfindlich betroffen. Von der Konferenz wurde beschlossen, an die Unternehmer das Ersuchen zu richten, die bisherigen Zulagen auf 35 Prozent zu erhöhen. Weiter wurde beschlossen, bei der Regierung vorstellig zu werden. Inzwischen ist eine Abordnung der Tabakarbeiter am 27. April im Reichsamt des Innern empfangen worden. Das Ergebnis der dort gepflogenen Aussprache war die Anerkennung, daß bei notwendiger Einschränkung der Tabakverarbeitung die bodenständigen Tabakarbeiter nach Möglichkeit geschont werden sollen. Deshalb soll sich die Einschränkung der Betriebe in erster Linie auf die nach dem 1. Juli 1915 eröffneten Zweigbetriebe erstrecken. Tabakarbeiter, die infolge des Krieges erwerbslos werden, sollen nach den Bestimmungen der Kriegswohlfahrtspflege unterstützt werden.

### Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Die **Wahl der Arbeiterausschüsse und der Angestellten-** **ausschüsse.** Gemeinverständliche Erläuterungen von Dr. Hermann Schulz, Kaiserlichem Regierungsrat und Ständigem Mitglied des Reichsversicherungsamts. Verlag von Julius Springer, Berlin. Preis 1,60 Mk.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst überträgt den Landeszentralbehörden die Befugnis, nähere An-

weisungen über die Wahl und die Tätigkeit der Ausschüsse zu erlassen. Der Verfasser des vorliegenden Büchleins hat an dem Entwurf für die preussische Wahlordnung mitgewirkt, seine Erläuterungen haben deshalb Anspruch auf Beachtung.

Die **Neue Zeit.** Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. S. W. Dieh Nachf. O. m. b. H., Stuttgart. Abonnementspreis bei allen Buchhandlungen und Postanstalten vierteljährlich 3,90 Mk., Einzelhefte 30 Pf.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.) Einnahme im April.

Ueberschüssig sandten ein: Weissensee 400, Bitterfeld, Emmendingen, Kirchheim, Schweningen, Würzburg II je 300, Pöschappel 280, Fürstenwalde, Rothenburg je 250, Bayreuth, Steglitz, Bohnsdorf, Koblenz, Rath-Deumay, Eberswalde, Goltha, Heilbronn, Mühlburg, Lorch, Rathenow, Mühlstein i. Wittbg. je 200, Hohen-Schönhausen, Bohenheim, Dellbrück, Lahr, Landau, Vorch, Pforzheim, Müdolsstadt, Tharandt je 150, Brühl 140, Winkel 106, Brih, Friedenau, Rodurg, Durlach, Eilenburg, Eßlingen, Franenthal, Gaintchen, Jochenhausen, Langenberg, Lettin, Meiderich, Neuhäusel, Neuhofen, Nieder-Erlenbach, Niesty, Nordhausen, Pflaumheim, Pirna, Riesa, Bredow, Oberkirkheim, Unterharmersbad, Westhofen b. W., Zirndorf je 100, Frankfurt a. O., Alsen, Oebischwitz, Klein-Flußheim, Lössau, Ochsenfurt, Passau, Schleusingen je 80, Schweidnitz 75, Doffenheim 70, Streichen, Gumbinnen je 60, Vorschdorf, Helbra, Krosdorf, Lüneburg, Wieselburg, Nowawes, Oldesloe, Prihwalk, Schleuditz, Schönau, Singen je 50, Golditz, Mülheim a. N. je 40, Kottbus, Cassen je 30, Wetterzeube 24 Mk.

Summe der Ueberschüsse	10905,— Mk.
Beiträge von Einzelmitgliedern	2208,30 "
Eintrittsgeld	1,20 "
Zinsen von Kapitalien	425,38 "
Sonstige Einnahmen	50,— "
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>13589,88 Mk.</b>

Ausgabe im April.

Zuschuß erhielten: Berlin F, Berlin G je 800, Berlin A, Dresden A, Mainz je 600, Berlin E, Klein-Schöcher, Mannheim je 500, Bamberg, Bonn, Köln I, Elberfeld, Frankfurt J,

Karlsruhe, Gaarden, Lindenau, München III, Neustadt, Würzburg I je 400, Wölkershof, Barmen, Rast, Essen, Frankfurt II, Gießen, Höchst, Boltmannsdorf, Offenbach I, Stuttgart je 300, Heidingsfeld, Offenbach II, Heßfen je 250, Tachen, Pürrig, Pieschen, Elmstein, Forchheim, Gleiberg, Halberstadt, Siebichenstein, Hanau, Johannegeorgenstadt, Leipzig III, Connewitz, Wöckau, Neuschönefeld, Neustadt a. Hardt, Schw.-Gmünd, Siegburg, Speyer, Ballandar, Wiesbaden je 200, Wauhan, Bergedorf, Völkmarshausen, Haan, Herlorn, Koffheim, Striegau, Taubertschhofheim, Worms je 150, Zellbach 140, Großentritt 130, Baumföhlenweg, Schönberg, Böckingen, Harleshäusen, Dresden-N., Coita, Marktheim, Edentoben, Flensburg, Grödingen, Cröllwitz, Heidesheim, Hermülheim, Hochspeyer, Jessingen, Kaltenordheim, Lägerdorf, Sudenburg, Günthen, Raumburg, Nied, Niederstein, Potsdam, Nasberg, Kottos, Grabow, Leuchern, Veitshöchheim, Waltershausen, Weiskensfeld, Wilhelmshausen, Wilsdorf, Neuhäusen, Zeulenroda je 100, Gersdorf, Solingen je 80, Urzheim, Rawitsch je 60, Apolda, Cunnersdorf, Lippoldshausen, Rod, Esharnhausen, Stadte je 50, Dhlau 40, Unterböbgingen 30 Mk.

Einnahme der Zuschüsse	22620,— Mk.
Krankengeld an Einzelmitglieder	2045,96 "
Sterbegeld an Einzelmitglieder	153,— "
Sonstige Ausgaben	4870,70 "
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>29689,66 Mk.</b>
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>13589,88 Mk.</b>
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>29689,66 "</b>
<b>Abnahme des Vermögens</b>	<b>16099,78 Mk.</b>

Zur **Beachtung!** Ortsverwaltungen, welche Zuschuß benötigen zum Auszahlen am Sonnabend, wollen diesen der zurzeit herrschenden Postverhältnisse wegen frühzeitig am Anfang der Woche anfordern.

L. Sud, Hauptkassierer.

### Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen Erstaufgabe. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg.

Im April sandten Ueberschüsse ein: Barmen 100 Mk., Weimar 75, Bochum 50, Siegnitz 40 Mk. Summa 265 Mk. Zuschuß erhielten: Berlin D 300 Mk., Offenbach 200, Kaiserslautern 100 Mk. Summa 600 Mk.

J. u. L. W a s s m a n n,  
Hamburg 31, Schwandestraße 37, part.

### Gestorbene Mitglieder.

- Otto Böhlis, Tischler, 29 Jahre, gest. in Perleberg.
- Gust. Schan, Schreiner, 61 Jahre, gest. in Freiburg (Baden).
- Friedr. Brunner, Maschinenarb., 51 Jahre, gest. in Freiburg (Baden).
- Peter Carlslund, Schreiner, 63 J., gest. in Freiburg (Baden).
- Paul Friedrich, Drechsler, 37 Jahre, gest. in Schmiedberg (Niesengebirge).
- Otto Adam, 55 Jahre, gest. in Köln.
- Karl Klotz, 62 Jahre, gest. in Köln.
- Gerhard Homburg, 74 Jahre, gest. in Köln.
- Johann Brandes, 48 Jahre, gest. in Köln.
- Emil Gemsejchädel, Drechsler, 58 J., gest. in Hirschdorf.
- Johann Eichler, Schreiner, 68 J., gest. in Jürth (Bayern).
- Georg Hofmann, Schreiner, 66 J., gest. in Jürth (Bayern).
- Konrad Leug, Maschinist, 44 Jahre, gest. in Jürth (Bayern).
- Josef Schmidt, Maschinist, 44 Jahre, gest. in Jürth (Bayern).
- Johann Weimann, Maschinist, 54 J., gest. in Jürth (Bayern).
- Hugo Gehrl, Tischler, 23 Jahre, gest. in Kiel.
- Ludwig Wrowinski, Tischler, 36 J., gest. in Posen.
- Leon Witajewski, Tischler, 51 J., gest. in Posen.
- Peter Kolodziejczak, Tischler, 60 Jahre, gest. in Posen.
- Georg Wöhlhardt, Tischler, 27 J., gest. in Brantenburg.
- Wilhelm Eckert, Tischler, 57 Jahre, gest. in Breslau.
- Wilhelm Steiner, Korbmacher, 62 Jahre, gest. in Götting.
- Emil Hofmann, Zimmerer, gest. in Hertenstadt.
- Wilhelm Rose, gest. in Fürstenwalde.
- Anna Höstl, gest. in Regnitz.
- Franz Hubert, 43 Jahre, gest. in Gotha.
- Alfred Kabe, Tischler, 33 Jahre, gest. in Leipzig.
- Otto Klein, Zimmerbauer, 27 J., gest. in Leipzig.
- Karl Fröhlich, Tischler, 61 J., gest. in Leipzig.
- Karl Conrad, Maschinenarb., 57 J., gest. in Leipzig.
- Karl Kleinert, Maschinist, 39 J., gest. in Leipzig.
- Franz Claus, Tischler, 66 J., gest. in Leipzig.
- Albin Hofmann, Zimmerbauer, 56 J., gest. in Leipzig.
- Alwin Handlke, Tischler, 19 J., gest. in Leipzig.

**2 tüchtige Tischlergesellen**  
auf bessere eigene Herrenzimmer gesucht. Auch kann Alford gearbeitet werden. Freie Kost und Logis.  
Erich Voche, Baruth (Mark).

**Ueilterer Tischler,**  
mit Reparatur antiker Möbel vertraut, für dauernde Stellung gesucht.  
**Kunsttischlerei Hirschwald,**  
Weimar, Cranachstraße 28.

**Holzarbeiter**  
als Maschinenarbeiter, Tischler, Polsterer, Stuhlbaner usw. stellt jederzeit ein  
Beruhard Perle, Partha (Sachsen).

**Ein Stuhlpolierer**  
sucht für dauernde Beschäftigung  
Otto Seifert, Stuhlfabrik,  
Neuhäusen (Sa.), Bez. Dresden.

**2 tüchtige Drechsler**  
auf dauernde Arbeit sofort gesucht.  
H. Reiter, Flensburg, Angelburger Straße 6.

**Drechslergesellen**  
für Heerlieferungen gesucht.  
**Mechanische Holzbearbeitungswerkstätten**  
Fr. Scherff,  
Geestemünde, Büllentstraße 4.

**Einlegerin**  
für Stöße gesucht.  
Robert Hirsch & Co., Stofffabrik,  
Hamburg 31.

**Korbmacher**  
auf Seilensforbe (60 Str., 1 Mk. Arbeitslohn), desgl. auf 88er, sucht  
Robert Hönig, Rademul b. Dresden,  
Gartenstraße 8.

**Korbmacher**  
auf Geschloßkörbe sucht  
**Zeiger Transportkorbfabrik,**  
Zeitz, Leipziger Straße 14.

**Korbmacher** auf 88er Munitionskörbe, 15- und 21-cm-Lauggranaten von Weide sucht  
Hermann Kühn, Kötzschenbroda.

**Korbmacher**  
sowie Arbeiter u. Arbeiterinnen auf Munitionskörbe Nr. 98 ganz aus Weide sucht sofort  
**Korbkunst Hildburghausen.**

**Tüchtige Korbmacher**  
u. angelehrte Frauen  
für 88er ganz aus Weide, für Drillinggestelle und 21-cm-Lauggranatenkörbe gesucht  
**Theodor Reimann,**  
Dresden-N., Königsstraße 3.

**Korbmacher** auf alle Sorten Geschloßkörbe stellt noch ein  
Otto Busch, Korbmachergeschäft, Eisleben.

**Korbmacher**  
auf 88er Munitionskörbe aus grünen Weiden stellen ein  
Gebr. Bette, Kötzschenbroda bei Dresden.

**Tüchtige Korbmacher**  
auf Munitionskörbe 98 stellt ein  
**J. Rennert,**  
Eisenach (Thür.).

**Ziehlinghalter und -sparer,**  
vorrätig zum Fortarbeiten (geeignet für geschl.). Preis 1,50 Mk. und 2,50 Mk. Nur zu haben bei  
Christensen,  
Berlin-Neukölln-Df., Seestraße 24.

### Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Wochbericht vom Sonnabend, 28. April, bis Freitag, 4. Mai 1917.

A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.  
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bauhilfen			Mittelarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt								
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C						
Berlin	22	—	32	31	20	—	43	31	—	37	6	—	39	2	—	8	84	15	74	176	35	233		
Bremen	—	2	—	1	5	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	3	8	—	—	—	417	2	
Breslau	—	1	—	3	8	—	—	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	729	—
Essen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eilenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Süßdorf	—	1	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Zusammen</b>	<b>2533</b>	<b>34</b>	<b>3570</b>	<b>43</b>	<b>33</b>	<b>7</b>	<b>37</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>39</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>8</b>	<b>116</b>	<b>64</b>	<b>88</b>	<b>211</b>	<b>178</b>	<b>249</b>	<b>249</b>	<b>249</b>	<b>249</b>	<b>249</b>	<b>249</b>
<b>For. Voche.</b>	<b>3621</b>	<b>28</b>	<b>2672</b>	<b>30</b>	<b>23</b>	<b>10</b>	<b>30</b>	<b>16</b>	<b>2</b>	<b>42</b>	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>114</b>	<b>58</b>	<b>103</b>	<b>224</b>	<b>161</b>	<b>249</b>	<b>249</b>	<b>249</b>	<b>249</b>	<b>249</b>	<b>249</b>

KB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den wackelhaften Arbeitsnachweise zu benutzen.

### Ostpreussisches Sagenbuch, 50 Pf.

Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Die Angehörigen der Sigmöbelbranche,**  
die sich weiterbilden wollen, finden im „Fachblatt für Holzarbeiter“ eine wertvolle Unterstützung. Aus den durch viele Abbildungen und Konstruktionszeichnungen ergänzten Abhandlungen seien erwähnt:  
Die Sigmöbel in der Geschichte. Mit 109 Abbildungen. (Jahrgang 1913, Seite 5, 6, 8, 10, 11, 12.)  
Das Sofa. Geschichtliche Darstellung mit 4 Abbildungen. (Jahrgang 1908, Seite 10 und 11.)  
Der Stuhl. Geschichtliche Darstellung mit 7 Abbildungen. (Jahrgang 1910, Seite 4.)  
Vom gewerblichen Urteil. Beispiele falscher Formgebung. Mit Abbildungen. (Jahrgang 1910, Seite 10.)  
Der Aufbau der Stühle und Sessel. Mit 22 Abbildungen. (Jahrgang 1910, Seite 10.)  
Vom Aufbau der Klappstühle. Mit 9 Abbildungen. (Jahrgang 1911, Seite 70 u. f., nur noch in wenigen gebundenen Exemplaren vorhanden.)  
Das Sockel. Mit 21 Abbildungen. (Jahrgang 1911, Seite 8 und 9.)  
Sigmöbel für ein Damenzimmer. Mit 26 Abbildungen. (Jahrgang 1912, Seite 4.)  
Die Konstruktion der Sigmöbel. Mit 44 Abbildungen. (Jahrgang 1914, Seite 1 bis 4.)  
Von der Stuhlbanerei. Mit 4 Konstruktionsbeispielen. (Jahrgang 1915, Seite 3.)  
Einzelhefte kosten je 50 Pf., 3 Hefte gemeinsam bezogen 1,20 Mk. Jahrgänge in Seften (soweit vorhanden) 4,50 Mk. in elegantem Ganzleinenband 5,50 Mk.  
Bestellungen erbeten an die Geschäftsstellen oder direkt an die  
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

### Werkzeug - Neuheiten.

Preislisten gratis und franko!  
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppolnerstr. 31.